

Postulat Fraktion GFL/EVP (Martin Trachsel, EVP): Grundlagenbericht für einen allfälligen Systemwechsel vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat bei der Personalvorsorgekasse der Stadt Bern

Vor 10 Jahren wurde bereits im Stadtrat eine Pensionskassenreglementsänderung diskutiert. Zu dieser Zeit war in der öffentlichen Verwaltung das Leistungsprimat allgegenwärtig und das Betragsprimat vor allem in der Privatwirtschaft verbreitet. Heute wird die Diskussion landesweit wieder geführt. Seit 1990 haben eine Reihe öffentlichrechtlicher Pensionskassen den Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat (mitunter auch in Mischformen) vollzogen. Aktuell (Stand Frühjahr 2007) haben 14 Kantone das Beitragsprimat eingeführt, in drei weiteren Kantonen ist die Umstellung in Vorbereitung – dies gilt auch für die Publica, die Pensionskasse der Bundesverwaltung.

Die heutige Pensionskasse mit Leistungsprimat gilt für die Versicherten als wenig transparent. Die Führung einer Beitragsprimatkasse ist dagegen relativ einfach und verständlich ausgewiesen.

Zum heutigen Zeitpunkt sind die Vor- und Nachteile eines Primatwechsels in verschiedenen Parlamenten breit diskutiert worden. Eine wichtige Erkenntnis aus diesen Prozessen ist neben einer soliden Grundlagenarbeit die Information und Einbezug der Mitarbeitenden und Sozialpartner. Aus diesem Grund ist einen Grundlagenbericht über einen Primatwechsel zu erstellen und nach Abwägung von Vor- und Nachteilen einen Systemwechsel zu prüfen.

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert, dem Stadtrat einen Bericht zu unterbreiten, in dem aufgezeigt wird:

1. Wie stellt sich der Gemeinderat zum heutigen Zeitpunkt zu einem Primatwechsel mit dem Hauptziel der Sicherung der Pensionskasse für die Zukunft?
2. Was spricht gegen einen Wechsel zum Beitragsprimat?
3. Was spricht für einen Wechsel zum Beitragsprimat?
4. Welche Auswirkungen hat ein Primatwechsel auf die bestehenden Mitarbeiterinnen unter anderem bezüglich Sonderregelungen wie vorzeitige Pensionierungen und Teilzeitarbeit?
5. Welche Auswirkungen hat ein Wechsel auf den Deckungsbeitrag (Annuitäten)?
6. Welches sind die Risiken bei einem Beibehalt des heutigen Systems?
7. Welche Grundlagen müssen erfüllt sein um einen Wechsel vorzunehmen?
8. In welchem Zeitpunkt erachtet der Gemeinderat einen Systemwechsel als sinnvoll?

Bern, 28. Juni 2007

Postulat Fraktion GFL/EVP (Martin Trachsel, EVP), Barbara Streit-Stettler, Nadia Omar, Susanne Elsener, Peter Künzler, Ueli Stückelberger, Verena Furrer-Lehmann, Erik Mozsa, Gabriela Bader Rohner

Antwort des Gemeinderats

Die Personalvorsorgekasse der Stadt Bern ist eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt der Stadt Bern, wobei für den Erlass und die Änderungen des Reglements über die Personalvorsorgekasse vom 26. April 1990 (Personalvorsorgereglement; PVR; SSSB 153.21) der Stadtrat zuständig ist. Die Frage des Primats der Vorsorgeeinrichtung liegt folglich in der Kompetenz des Stadtrats. Gemäss PVR ist die Verwaltungskommission vor Änderungen des Reglements im Sinne von Artikel 51 Absatz 5 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG; SR 831.40) anzuhören.

Bereits seit längerer Zeit ist die Primatfrage in der beruflichen Vorsorge eine zentrale Fragestellung, die immer wieder Anlass zu Diskussionen gibt. Gemäss Pensionskassenstatistik 2005 sind 22 % der Versicherten in einem Leistungsprimat versichert. Bei öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen sind dies rund zwei Drittel der Versicherten. Allerdings sind die Publica und andere bundesnahe Vorsorgeeinrichtungen wie POST und SBB gegenwärtig daran, den Primatwechsel zu vollziehen, so dass der Anteil der Versicherten im Leistungsprimat weiter zurückgehen wird. Auch im Kanton Bern hat der Regierungsrat kürzlich mit dem Projekt Futura den Primatwechsel bei der Bernischen Pensionskasse und Lehrerversicherungskasse zur Diskussion gestellt. Der Regierungsrat kommt jedoch zum Schluss, dass ein Wechsel zum Beitragsprimat keine überwiegenden Vorteile bringt. Deshalb beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, das bestehende Vorsorgesystem grundsätzlich beizubehalten und die Arbeiten im Projekt Futura einzustellen.

Der Gemeinderat und die Verwaltungskommission werden in näherer Zukunft Strukturen und Finanzierung der Personalvorsorgekasse einer Überprüfung unterziehen. Dabei werden auch die nötigen Entscheidungsgrundlagen für die Frage erarbeitet, ob ein Primatwechsel sinnvoll ist oder nicht.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 20. November 2007

Der Gemeinderat